

AKTUELL

INTERNATIONALES PLASTIKABKOMMEN

Kein Ende der Plastikflut

Joël Adami

Auch der zweite Versuch brachte keinen Durchbruch: Die internationale Staatengemeinschaft konnte sich in Genf nicht auf ein Plastikabkommen einigen. Der Plastikhahn bleibt also offen.

Vom 5. bis 15. August trafen sich in Genf Delegierte aus 183 Ländern, um einmal mehr zu versuchen, ein internationales Abkommen für ein Ende des Plastikmülls auszuhandeln. Neben dem offiziellen Verhandlungskomitee waren rund 1.200 Vertreter*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft vor Ort. Wie schon beim ersten Versuch im südkoreanischen Busan im Dezember 2024 (woxx 1815) wurde auch in Genf keine Einigung erzielt.

Zwar war man um einen Konsens bemüht, doch die Fronten waren verhärtet. Einer Allianz mit großen Ambitionen, die eine Einschränkung der Plastikproduktion forderte, stehen öl- und gasproduzierende Staaten gegenüber, die sich vehement gegen Beschränkungen, etwa durch verbindliche Obergrenzen, wehrten. Sie argumentierten, im entsprechenden Mandat der UN-Umweltversammlung gehe es lediglich um Verschmutzung durch Plastik, daher müsse sich das Abkommen auf Fragen der Abfallbeseitigung beschränken. Um der Mülllawine Herr zu werden, müsse auch die Produktion von Plastikprodukten eingeschränkt werden, so die Gegenseite. Oder, wie es ein*e Delegierte*r während des Abschlussplenums ausdrückte: „Es bringt nichts, den Boden zu wischen, wenn der Plastikhahn weiter aufgedreht ist!“

Rund 52 Millionen Tonnen Plastikmüll werden jedes Jahr produziert, davon landen 43 Prozent in der Umwelt. Der Rest – über die Hälfte also – wird verbrannt. Das ergab eine 2024 in der renommierten Fachzeitschrift „Nature“ erschienene Studie. Neben dem eigentlichen Müllproblem sind auch giftige Zusätze, die Kunststoffen spezielle Eigenschaften verleihen, eine zunehmende Bedrohung für die Gesundheit. An dieser Schraube wollte die Koalition ambitionierter Staaten, zu denen auch Luxemburg zählt, ebenfalls drehen. Doch mit den Staaten, deren Wirtschaft zum Großteil von der Produktion und Verarbeitung fossiler Brennstoffe wie Öl und Gas abhängt, war das nicht zu machen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird im Kampf gegen die Klimakrise immer weniger Erdöl und -gas ver-

brannt werden. Erhöhte Plastikproduktion bietet daher eine alternative Einnahmequelle, die sich diese Staaten nicht kaputtmachen lassen wollen. Daher pochen sie darauf, dass sich das künftige Plastikabkommen lediglich auf das Müllproblem konzentrieren soll – ohne dessen Quelle zu beachten.

Janusköpfiges Luxemburg

Zu allem Übel war die Konferenz in Genf laut Teilnehmer*innen schlecht organisiert: Zu viele endlose und unkoordinierte Diskussionen in Kleingruppen und zu wenig Arbeit am konkreten Vertragstext. Daher kursierten mehrere, konkurrierende Versionen eines möglichen Vertragstextes. Obwohl in manchen Bereichen Fortschritte erreicht wurden, behielt das Plenum die entsprechenden Texte nicht offiziell als Entwürfe für die kommende Verhandlungsrunde zurück. Demnach wird künftig der Text aus Busan als Grundlage dienen. Zu hoffen ist, dass der Arbeitsmodus in Zukunft konstruktive Verhandlungen ermöglicht, statt dass sich die Delegierten zwei Wochen lang einander die jeweiligen roten Linien vortragen.

Auch hierzulande bleibt das Thema aktuell, auch wenn Luxemburg eigentlich als Musterschüler in Sachen Plastik gilt: Nicht nur, dass die Müllsammlung halbwegs gut klappt und die Recyclingquote recht hoch ist; Maßnahmen wie der „Ecosac“ gelten international als Vorzeigeprojekte. Doch mit den geplanten Eingriffen in das Abfallgesetz könnte damit schnell Schluss sein: Unter dem Deckmantel der „Vereinfachung“ soll es vor allem leichter werden, Plastikmüll zu produzieren. Ein Blick ins Lobbyregister der Regierung zeigt: Die „Fédération luxembourgeoise de l'alimentation et de la distribution“ klopfte beim Umweltminister Serge Wilmes (CSV) an, um über die Gesetzeslage zu Verpackungen zu diskutieren. Der Chef des Gemüse- und Obsthändlers Grosbusch, Goy Grosbusch hatte im Dezember 2024 gar eine Audienz beim Premierminister Luc Frieden (CSV) zu diesem Thema. Während er zu Hause die entsprechenden Gesetze lockern will, gibt sich Wilmes international kritisch: „Der Kampf gegen die Plastikverschmutzung ist einer, der mit langem Atem geführt wird, aber es ist unerlässlich, gemeinsam weiterzumachen“, ließ sich der Minister, der selbst nicht in Genf war, in einer Pressemitteilung zitieren.

SHORT NEWS

Docler Holding : IA, licenciements et pornographie

(fg) – La confirmation, il y a quelques jours, du licenciement de 115 personnes par Docler Holding provoque un petit séisme dans le monde de la tech et plus largement des services : pour la première fois, une entreprise invoque l'introduction de l'intelligence artificielle pour se séparer d'une part significative de ses salarié·es au Luxembourg. Se présentant sur son site internet comme un acteur voulant « combler le fossé entre la technologie et la communication », Docler Holding est avant tout un géant mondial du divertissement pour adultes avec sa filiale LiveJasmin. Fondé par le milliardaire hongrois Gyorgy Gattyán, le groupe avance les difficultés du marché mondial dans le secteur de l'informatique pour justifier une réorganisation orientée vers l'intelligence artificielle, assurant que 150 emplois seront préservés sur son site du Kirchberg. L'argument ne convainc pas tout le monde, des salarié·es estimant que le recours à l'intelligence artificielle est un prétexte pour masquer les difficultés financières du groupe. Les mauvaises nouvelles s'amoncellent pour Docler Holding, puisque l'Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audiovisuel (Alia) a condamné, le 7 août, deux de ses filiales luxembourgeoises à une amende de 20.000 euros, sur un maximum possible de 25.000. Il leur est reproché de ne pas avoir mis en place les mesures adéquates de vérification de l'âge des usager·ères de sa plateforme LiveJasmin au niveau européen. Autrement dit, ses sites de diffusion de shows érotiques en direct restaient facilement accessibles aux mineur·es.

PAN LGBTIQ+: Rückschritt für Menschenrechte

(mc) – Knapp einen Monat nach der Vorstellung des überarbeiteten „Nationalen Aktionsplans zur Förderung der Rechte von LGBTIQ+-Personen“ (PAN LGBTIQ+) kritisiert die „Nationale Menschenrechtskommission“ (CCDH) in ihrer Stellungnahme vergangenen Mittwoch, der neue Plan entspreche nicht den legitimen Erwartungen von LGBTIQ+-Personen. Damit werde eine Gelegenheit verpasst, deren Rechte zu stärken. Zwar begrüßt die CCDH das Verbot von Konversionstherapien – pseudowissenschaftliche Versuche die sexuelle Orientierung einer Person zu ändern – als Fortschritt, dennoch blieben zahlreiche Lücken: So fehle etwa eine automatische Anerkennung von Abstammungsverhältnissen bei gleichgeschlechtlichen Eltern. Auch ein konkretes Gesetzesprojekt für eine „neutrale“ Option in Ausweisdokumenten und mehr Engagement für die Rechte von trans und intergeschlechtlichen Personen werden vermisst. Daher stelle der PAN insgesamt eher einen „Rückschritt für die Menschenrechte“ dar. Die CCDH fordert zudem ein Verbot von medizinischen und chirurgischen Eingriffen an intergeschlechtlichen Kindern. Ohne medizinische Notwendigkeit und die informierte Zustimmung der Betroffenen dürfe ein solcher nicht erfolgen. Nicht zuletzt wird ein Ende der Pathologisierung von Transidentität gefordert. In Luxemburg müssen sich trans Personen für den Zugang zu einer geschlechtsangleichenden Behandlung immer noch einer langwierigen psychiatrischen Begutachtung unterziehen. Die kann bis zu zwei Jahre dauern, auch wenn keine psychische Erkrankung vorliegt.

Weiterhin „Plein d'essence“ in Berchem

(ja) – Es ist dem Tankstellenbetreiber „Q8“ nicht möglich, die Anzahl der Zapfsäulen auf der Autobahnraststätte „Aire de Berchem“ zu verringern. Das geht aus der Antwort von Verkehrsministerin Yuriko Backes (DP) auf eine parlamentarische Frage von Joëlle Welfring und Meris Šehović (Déi Gréng) hervor. Das kuwaitische Staatsunternehmen betreibt seit dem 1. Mai die Tankstellen an beiden Seiten der Autobahn A3. Insgesamt gibt es 123 Zapfsäulen, wovon 48 für LKW vorgesehen sind. Diese Zahl darf nicht ohne vorherige Genehmigung des Staats verringert werden. Bei dieser Vorschrift handele es sich laut Backes um eine „Maßnahme der Verkehrssicherheit“, da eine Reduzierung dafür sorgen könnte, dass sich an Tagen mit großem Andrang lange Warteschlangen bildeten, welche wiederum eine Gefahr für den Verkehr darstellten. Die zwölf Ladesäulen für Elektrogefährte seien unterdessen nicht Teil der Tankstellen-Konzession, so die Ministerin. Bis 2030 müssen in der EU auf transeuropäischen Korridoren alle 60 Kilometer Lademöglichkeiten für elektrische LKW vorhanden sein. Die Regierung sieht vor, diese Vorgaben bis zum Stichtag zu erfüllen, will sich vor der Umsetzung jedoch noch mit Nachbarländern abstimmen. Ein Ende des Tanktourismus steht also sobald nicht bevor.